

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Verlagspreis: Monatsabonnement R.-M. 1.75 einschließlich
Erzgerlohn. Erscheint täglich werktags.

Telefon 2707 — Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Luisenstraße 26

Anzeigenpreise: Die sechsgepaltene 43 mm breite Normalzeile
kostet 15 Wfg., auswärts 20 Wfg., im Retikabel
22 mm breit 50 Wfg. — Die Einzelnummer 10 Wfg.
Postfachkonto: Frankfurt am Main 39864.

Nr. 272

Donnerstag, den 20. November 1930.

5. Jahrgang.

Deutschlands koloniale Forderungen.

Von Gouverneur J. D. Dr. Heinrich Schnee.

Der nachstehende Artikel, der den letzten Gouverneur von Deutsch-Ostafrika zum Verfasser hat, ist veranlaßt durch die große Berliner Protestkundgebung gegen die geplante Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das britische Kolonialreich. Die Kundgebung findet am 20. November statt.

Ein gewaltiges Kolonialreich von mehr als der Hälfte der Fläche des gegenwärtigen Deutschen Reiches ist geraubt worden! Wo finden wir Ersatz für diese Hälfte? Die Welt ist aufgeteilt. Es gibt keinen Ersatz. Deshalb ist die Forderung nach Rückgabe unserer eigenen Kolonien bestehen, die uns nur unter Vertragsbruch und unter Verstoß gegen die Völkerrechte geraubt sind.

Die Rheinlande sind frei. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, dem wir mit aller Energie auch unsere kolonialen Forderungen geltend machen müssen. Es ist das dringende Gebot der Gegenwart, daß das deutsche Volk wieder seinen Anteil an einer Welt der Völkerrechte erhält.

Was aber spielt sich gegenwärtig vor unseren Augen ab?

Müssen wir mit Erstaunen und Entrüstung sehen, wie das mächtigste England, das schon den 4. Teil der Erde und den Teil ihrer Bevölkerung unter seine Herrschaft gebracht hat, halten macht, die ihm zu treuen Händen vom Völkerbund Mandat anvertraute größte deutsche Kolonie gleichfalls zu schließen. Der konservative Kolonialminister Amery hatte bereit zu dem durchsichtigen Zweck, die Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das Britische Reich vorzubereiten, erst die Young-Kommission, dann den Unterstaatssekretär im Colonialamt Wilson nach Ostafrika geschickt. Die konservative Regierung trat ab, die Arbeiterregierung MacDonalds folgte. Es gab Leute, die glaubten, daß nunmehr die Minister der Arbeiterpartei den Worten, die sie als Abgeordnete im Parlament gegen den umfänglichen Imperialismus ihrer konservativen Vorgänger gebraucht hatten, auch entsprechende Taten tun lassen würden. Eines der bedeutendsten Kabinettsmitglieder, der jetzige Schatzkanzler, damalige Abgeordnete, Snowdon, hatte im Juli 1926 einen Artikel veröffentlicht mit der Überschrift „Geht Deutschland seine Kolonien“, durch die Weltpresse ging. Darin war mit überzeugenden Worten dargelegt, daß es im Interesse des Weltfriedens und Verständigung zwischen den Nationen unbedingt notwendig Deutschlands Anspruch auf Kolonialmandate zu befriedigen. Aber leider brachten die Handlungen des englischen Kabinetts bittere Enttäuschungen. Man hat bisher nichts von Rückgabe deutschen Kolonialbesitzes, nichts von Übertragung von Kolonialmandaten auf Deutschland gehört. Die Vorgehensweise des konservativen Zeitungsmagnaten Lord Rothermere, auf Rückgabe der deutschen Kolonien mit Ausnahme von Deutsch-Ostafrika gerichtet waren, haben kein Echo in den amtlichen Kreisen gefunden. Im Gegenteil, die englische Regierung hat eine Vorlage gemacht, die erkennen läßt, daß sie auch ihrerseits darauf ausgeht, die Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das Britische Reich herbeizuführen. Sie hat ein Weißbuch veröffentlicht und eine parlamentarische Kommission vorgelegt, in dem die Zusammenlegung des britischen Mandatsgebietes mit den angrenzenden englischen Kolonien Kenia und Uganda unter einem englischen Oberkommando vorgeschlagen wird.

Die Durchführung der Vorschläge des englischen Weißbuches ist die praktische Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das Britische Reich, ohne daß irgendeine Aussicht bestünde, daß deutsche Mandatsgebiete einmal wieder aus dem britischen Reich herauszunehmen. England hat kein Recht zu diesem Vorgehen. Es hat als Mandatar nach der Völkerbundsatzung die Pflicht, ein solches Mandatsgebiet zu verwalten, es hat die Verpflichtung als Mandatar des Völkerbundes in seinem Namen und unter seiner Aufsicht zu führen. Es hat keineswegs das Recht, es zu treuen Händen anvertrautes Land von der doppelten Verantwortung Deutschlands und von noch unabsehbaren Möglichkeiten in die eigene Tasche zu stecken.

Deutschland, deutsche Lebensinteressen sind bedroht! Herabgeworfene Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens sind sich zusammengefunden, um das deutsche Volk dagegen zu warnen. Eine von den Führern fast sämtlicher Wirtschaftsverbände unterzeichnete Erklärung protestiert auf die verschiedenste Weise gegen die Verletzung der wenigen kolonialen Rechte, die Deutschland nach dem Versailler Vertrag als Mitglied des Völkerbundes verblieben sind, protestiert gegen die Aufhebung des Mandatsystems in Bezug auf das deutsche Mandatsgebiet, protestiert gegen die jedem Völkerrecht widersprechende tatsächliche Annexion. Deutsch-Ostafrika ist die von England beabsichtigte Einverleibung Deutsch-Ostafrika in das Britische Reich. Das deutsche Volk wird aufgerufen, sich diesem Protest durch entsprechende Kundgebungen in Berlin und in anderen Städten anzuschließen.

Am 20. November findet eine große Protestkundgebung im Schauspielhaus des ehemaligen preussischen Herrenhauses statt. Das deutsche Volk bringt damit zum Ausdruck, daß es nicht zuzulassen ist, schweigend zu dulden, daß sein Recht mit Füßen getreten wird. Es wehrt sich dagegen, daß England unter Verstoß

Der Reichsetat für 1931

In den Reichsratsausschüssen. — Das Steuervereinfachungsgesetz.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers verabschiedeten die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats in der zweiten Sitzung das Reichshaushaltsgesetz und den Haushaltsplan 1931. Nach schwierigen Verhandlungen erklärte sich die Reichsregierung einverstanden, den Ländern für die Kürzung der Ueberweisungen um 100 Millionen M., die im Hinblick auf die Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden vorgesehen ist, einen Ausgleich zu gewähren. Für einen Betrag von 50 Millionen M. werden ihnen im Reichsbudget befindliche Reichsbahnvorschußaktien übereignet. Die Tragung der restlichen 50 Millionen M. soll ihnen dadurch ermöglicht werden, daß die für drei Jahre vorgesehene sechsprozentige Gehaltskürzung der Beamten schon mit dem 1. Februar 1931 beginnen und dementsprechend mit dem 31. Januar 1931 außer Kraft treten soll. Am 1. Februar wird die Reichshilfe der Beamten auf die Gehaltskürzung der Beamten angerechnet.

In den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats sind die von Preußen zum Budgetgesetz gestellten Änderungs- und Kürzungsanträge gegen die preussischen Stimmen abgelehnt worden.

Das Steuervereinfachungsgesetz.

Die Reichsratsausschüsse berieten am Dienstag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit der führenden Ländervertreter das Steuervereinfachungsgesetz. Nachdem der preussische Ministerialdirektor Dr. Hög als Berichterstatter gesprochen hatte, wurde die Generaldebatte durch Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held eröffnet. Dem bayerischen Ministerpräsidenten antwortete sofort Reichsfinanzminister Dietrich.

Wie das Nachrichtenbüro des Vbz. zu den Reichsratsverhandlungen noch hört, kam es über das Steuervereinfachungsgesetz zu einer außerordentlich lebhaften Auseinandersetzung. Das Vereinfachungsgesetz, das durch Beseitigung kleiner Steuerumstände

lichten, deren Ertragnis mit den Verwaltungskosten in keinem Einklang steht, bestimmte Mindereinnahmen ergibt, insbesondere auch durch die vorgesehene Vereinfachung der Agrar- und Realsteuern, sollte nach dem Wunsch des Reichsfinanzministers ohne Ausgleich der geringeren Einnahmen für die Länder verabschiedet werden.

Es war sogar geplant, den Reichsanteil an den zu erwartenden Mindereinnahmen bei den Länderüberweisungen abzugreifen. Der Reichsfinanzminister empfahl den Ländern, diesen Ausfall vor allem auf dem Gebiete einiger Verbrauchssteuern, etwa der Bier- oder Getrankssteuer, herbeizuholen. Dagegen wandte sich vor allem der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, worauf der Reichsfinanzminister andere Kompromissvorschläge machte.

Die vereinigten Ausschüsse führten am Dienstag nachmittag die allgemeine Aussprache über das Steuervereinfachungsgesetz zu Ende. In der Dienstag-Sitzung der Ausschüsse nahmen außer dem Finanzminister wieder Reichskanzler Dr. Brüning und ferner Reichsernährungsminister Schiele teil.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm auch einen Bericht über die Unterredung entgegen, die die sozialdemokratischen Reichstagsfraktionsführer mit dem Reichskanzler gehabt haben. Der Reichskanzler soll dabei zum Ausdruck gebracht haben, daß er mit gewissen Änderungen der Vorberordnung sich einverstanden erklären könnte, soweit dies den Sinn und das Ziel des Regierungsprogramms nicht beeinträchtigt. Wie das Vbz.-Büro weiter hört, werden die Sozialdemokraten vor allem versuchen, die Bürgerabgabe (Kopfsteuer) aus dem Programm zu Fall zu bringen. Sollte dies nicht gelingen, so wollen die Sozialdemokraten wenigstens eine Staffelung dieser Abgabe gefordert haben.

Der neueste Reichsbankausweis

Die Kapitalanlage der Reichsbank hat sich vermindert. — Starker Rückfluß der Reichsbanknoten. Weitere Abnahme der Goldbestände.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. November hat sich in der zweiten Novemberwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 516.9 Millionen auf 1865.7 Mill. M. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 469.2 Mill. auf 1664.5 Mill. M., die Bestände an Reichsschatzwechseln um 44.8 Mill. auf 0.3 Mill. M. und die Lombardbestände um 2.8 Mill. auf 0.4 Mill. M. abgenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 246.1 Mill. M. in die Kassen der Bank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 242.1 Mill. auf 1130.8 Mill. M. verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 44.1 Mill.

M. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 281.7 Mill. M. eine Abnahme um 31.9 Mill. M.

Die Gold- und Devisenbestände.

Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 266.5 Mill. auf 2665.7 Mill. M. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0.2 Mill. auf 2179.8 Mill. M. abgenommen, die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 266.7 Mill. auf 485.9 Mill. M. zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 49.9 Prozent in der Vorwoche auf 52.8 Prozent, diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen von 54.9 auf 64.5 Prozent.

scheinigen Vorwänden nachträglich Deutsch-Ostafrika als Kriegsbeute verschluckt und damit eine weitere Ausdehnung seiner kolonialen Weltherrschaft erreicht, die es bei Kriegsende offen nicht hatte durchsetzen können. Das deutsche Volk verlangt von seinen Führern, daß sie das Mögliche tun, um das deutsche Recht zu wahren.

Stegerwalds Heimkehr.

Das Ergebnis der Londoner Besprechungen.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald ist von London nach Berlin zurückgekehrt. Der Minister hat noch in London an Vertreter der deutschen Presse über das Ergebnis seiner Besprechungen Mitteilungen gemacht. Er sagte u. a.: Bei der ersten Aussprache im englischen Arbeitsministerium sei eine Reihe von Schwierigkeiten erörtert worden, die sich in beiden Ländern aus der Durchführung des Washingtoner Achtstundenabkommens ergaben. Seitens der beiden Regierungen sei eine weitere Untersuchung dieser Schwierigkeiten zum Zwecke der den Auffassungen der beiden Regierungen festgestellt worden. Ferner seien Verhandlungen geführt worden, die in das Gebiet der Schifffahrt fielen. Bei den ersten Problemen: Gewichtsbestimmung schwerer Frachtkübel und Fragen betreffend die Lage der Hafenarbeiter sei weitgehende Uebereinstimmung in den Auffassungen der beiden Regierungen festgestellt worden. — Die Besprechungen werden in kurzem in Hamburg fortgesetzt werden.

Die Erörterungen im englischen Bergbauministerium bezogen sich auf eine Reihe von Fragen, die für die im nächsten Sommer in Genf stattfindenden Arbeitskonventionsverhandlungen über das Arbeitsverbot im Kohlenbergbau wichtig seien. Die Verhandlungen hätten auch hier zu einer Uebereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen geführt. Im Anschluß an diese Besprechungen hätten sich die Regierungsvertreter in unverbindlicher Form über die wirtschaftliche Seite der internationalen Kohlenfrage unterhalten.

Bergarbeiterkonferenz.

Zur Knappschaftsversicherung.

In Berlin fand die Reichskonferenz der Bergarbeiterverbände statt. Als Ergebnis der Besprechungen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der nach der Feststellung, daß z. B. allein im Ruhrbergbau seit Kriegsende rund 10 000 Bergarbeiter tödlich verunglückt und über 700 000 verletzt worden sind, und daß infolge der massenhaften Arbeit und des mörderischen Arbeitsstempos im Bergbau die bergmännischen Berufskrankheiten einen sehr erheblichen Umfang angenommen haben, auf die Lasten hingewiesen wird, die infolge dieser Verhältnisse der bergmännischen Sozialversicherung der Knappschaft aufgebürdet würden, aber von ihr allein nicht mehr getragen werden könnten.

Weiter heißt es in der Entschließung, sehr ungünstig und verhängnisvoll für den finanziellen Stand der Reichsknappschaft habe sich ferner die Nationalisierung des Bergbaus ausgewirkt.

In wenigen Jahren seien 100 000 von Bergarbeitern entlassen worden, wovon ein großer Teil der Pensionsversicherung zur Last falle. Die Folge dieses rapiden Belegschaftsabbruchs sei, daß die aktiven Bergarbeiter unmöglich die notwendige Summe zur Unterstützung der Pensionierten aufbringen könnten und die Knappheit trotz der Rationalisierungserfolge im Bergbau im steigendem Maße mit Selbstbeträgen arbeiten müßte.

Um einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erzielen, müßten entweder die Leistungen vermindert oder neue Mittel geschaffen werden. Der Weg einer Leistungsverminderung würde bedingen, daß die Invalidenpension, die durchschnittlich 63 Mark im Monat beträgt, um die Hälfte gekürzt werden müßte. Eine derartige Maßnahme sei überhaupt nicht diskutabel. Unmöglich sei aber auch eine weitere Beitragserhöhung, da bereits jetzt aktive Bergarbeiter mit ihren Knappschäftsbeiträgen einen Invaliden durchhalten müßten. Die Beiträge, die der Bergarbeiter zur Sozialversicherung leistet, betragen bereits 15 Prozent des Lohnes und stellen das Höchstmögliche dar, das nicht überschritten werden könne. Da eine Durchführung von Sparmaßnahmen, wie sie der Reichsarbeitsminister durch Kündigungen gewisser Bestimmungen wünscht, den notwendigen Ausgleich auch nicht bringt, gibt es daher nur die eine Möglichkeit, daß das Reich weiterhin die notwendigen Zuschüsse leistet.

Das Verbrechen von Bartenstein.

Saffran gesteht Mord und Brandstiftung ein.

Wie von der Juristenpressestelle Königsberg in später Abendstunde mitgeteilt wird, hat der kürzlich in Berlin wegen Brandstiftung verhaftete und nach Bartenstein (Ostpreußen) überführte Saffran dem Untersuchungsrichter nach langen Vernehmungen eingestanden, daß er und sein Geschäftsführer Rypnik einen Mord verübt hätten, um sich in den Besitz der Leiche zu setzen, die in dem in Brand gesetzten Hause in den Kleibern Saffrans niedergelegt wurde, um vorzutäuschen, daß Saffran selbst bei dem Brand den Tod gefunden hätte. Sie seien in der Nacht vom Freitag zum Samstag, 13. September, mit dem Kraftwagen fortgefahren.

Auf der Chaussee Schladau-Queben hätten sie bei Lutsenhof einen Weller getroffen. Rypnik sei ausgekliegen und habe den Weller mit einer Selbstkollisionskeule niedergeschossen. Sie hätten dann die Leiche in einen zu diesem Zweck mitgenommenen Teppich gewickelt und in dem Müllspeicher des Platz in der Artilleriekaserne in Rastenburg verborgen. Am nächsten Abend hätten sie die Leiche abgeholt, sie mit den Sachen Saffrans bekleidet und mit Benzol, begossen und darauf das Haus angezündet.

Mord im Auto.

Eine Tänzerin erschleicht ihren Freund.

Auf der Rückfahrt von einem Automobilausflug hat auf der Staatsstraße Grima- Leipzig die 25 Jahre alte aus Halle gebürtige Tänzerin noch ihren Freund, den 48jährigen Kaufmann Thranhardt am Führersitz seines Kraftwagens durch Revolvererschüsse getötet. Die Täterin stellte sich selbst der Leipziger Kriminalpolizei. Sie gab an, seit etwa einem halben Jahr habe sie sich mit dem Gedanken getragen, mit Thranhardt gemeinsam zu sterben.

Thranhardt habe ein großes Haus geführt, und sie habe ihn mit Geldmitteln unterstützen müssen. Als sie kein Geld mehr beschaffen konnte, habe sie sich entschlossen, die Tat auszuführen. Sie habe blindlings auf Thranhardt eingeschossen, nach vollendeter Tat aber nicht mehr den Mut gehabt, ihre Absicht, sich selbst zu erschließen, auszuführen.

Um die Dienstpflicht in Frankreich.

Ein Vertrauensvotum für Poincaré.

Die französische Kammer hat die Generaldiskussion des Gesamtentwurfs über die wirtschaftliche Ausrüstung des Landes beendet, der seit über einem Jahr dem Parlament vorliegt. Am Schluß der Nachmittags-Sitzung kam es zu einer Debatte über die von sozialistischer Seite gemachte Anregung, diesen gen. Soldaten, die eigentlich zu dem letzten Kontingent gehören, das 18 Monate Dienstzeit absolvieren muß und die zur Zeit 12 Monate Dienstzeit hinter sich haben, bereits jetzt zu entlassen, so daß auch ihnen die neu eingeführte einjährige Dienstzeit zugute kommt. Der Heeresauschuß hat sich gegen diesen Antrag gewandt.

Der radikale Abgeordnete Daladier sprach dann noch für den sozialistischen Antrag Chauffet auf Entlassung des fraglichen Kontingents und erklärte, die Landesverteidigung würde dadurch keineswegs gefährdet werden.

Nichtdestoweniger stellte Ministerpräsident Lardieu für Ablehnung des sozialistischen Antrages die Vertrauensfrage, worauf sich die Kammer mit 318 gegen 248 Stimmen der Ansicht der Regierung anschloß. Das betreffende Kontingent muß also seine 18 Monate Dienstzeit voll absolvieren.

Neue französische Bankstaudale.

Zwei neue Zusammenbrüche.

Der Zusammenbruch der Banque Austrie und der Banque Adam zieht weitere Kreise. Jetzt berichten die Morgenblätter über die Zahlungseinstellung von zwei weiteren Banken. Die Banque Vasseur in Paris, über deren Zahlungsschwierigkeiten bereits berichtet wurde, hat die gerichtliche Liquidierung beantragt und jetzt erhalten. Die Bank arbeitete mit einem Kapital von 25 Millionen Francs und unterhielt Filialen in Le Havre und Marseille. In Montpellier hat eine kleinere Bank, Georges de Vichet, ihren Betrieb schließen müssen. Die Passiven sollen sich auf rund 300 000 Francs belaufen.

Nach dem „Echo de Paris“ ist gegen den Pariser Bankier Paul Collin, der seit einigen Tagen sich in Haft befindet, nunmehr die Untersuchung wegen Betruges eröffnet worden. Collin wird beschuldigt, Obligationen in Höhe von 700 000 Francs für Rechnung einer privaten Grundstücks-Gesellschaft, deren Gründer er war, ausgegeben und die vereinnahmten Beträge veruntreut zu haben. Die Angelegenheit soll mit der Angelegenheit der Banque des Pays de l'Ouest in Nantes im Zusammenhang stehen.

Die Bedeutung der Landgemeinden

Zur Landgemeindetagung am 21. November 1930 im Reichstag

Von Dr. G. Mähner

Die gesamte deutsche Selbstverwaltung befindet sich gegenwärtig an einer Schicksalswende. Der kommunalen Verfassung und Verwaltung soll rechtlich ein neues Gesicht gegeben werden durch die Selbstverwaltungsreformgesetze, und die grundlegenden Auseinandersetzungen über Finanzreform und Finanzausgleich berühren mindestens ebenso stark den Lebensnerv der deutschen kommunalen Selbstverwaltung. Verfassungsrechtlich und finanziell wirtschaftlich drängen sich hierbei eine Fülle wichtigster Probleme auf, die noch besonders dadurch kompliziert werden, daß nicht allein ein befriedigender Ausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gefunden werden muß, sondern daß auch innerhalb der Gemeinden die Ansprüche gegeneinander abgewogen werden müssen.

Im Zeitalter der Massenwirkung, der Herrschaft der Organisationen, kann die Wahrnehmung der Interessen der Selbstverwaltung wie insbesondere der Zehntausende deutscher Landgemeinden naturgemäß nur durch straff zusammengefaßte kommunale Verbände erfolgen. Solche Verbände bestehen heute für die preussischen Provinzen, für die Landkreise, für die Großstädte, die mittleren und kleinen Städte und die Landgemeinden. Diejenige Gruppe, die erst in der Nachkriegszeit organisatorisch erfasst wurde, waren die Landgemeinden. Gerade ihrem Zusammenschluß standen sehr erhebliche sachliche Schwierigkeiten gegenüber, weil man es hier nicht mit einem verhältnismäßig leicht zu überblickenden Kreis kommunaler Körperschaften durchweg einheitlicher Struktur zu tun hat, sondern mit Zehntausenden von Gemeinden sehr verschiedener wirtschaftlicher und sozialologischer Beschaffenheit. Immer wieder macht man die Beobachtung, daß auch heute noch über Zahl und Wesen der deutschen Landgemeinden in der breitesten Öffentlichkeit ganz irrige oder lückenhafte Vorstellungen herrschen. Schon die Zahl der Landgemeinden ist häufig nicht genau bekannt. Es überrascht viele, wenn sie hören, daß von den 83 000 deutschen Gemeinden rund 60 000 Landgemeinden sind und daß noch heute im Reichsdurchschnitt über die Hälfte der deutschen Bevölkerung auf dem Lande wohnt. Die übliche statistische Unterscheidung zwischen Stadt und Land, die einfach alle größeren Gemeinden über 2000 Einwohner den Städten zuzählt, bewirkt leider, daß irrige Vorstellungen nicht verschwinden. Dabei werden dann auch vielfach in Ländern, die Kommterverfassung haben, die jeweils in Kommter zusammengeschlossenen Landgemeinden als eine Stadt gezählt, so daß dann in der Statistik ein Land wie Oldenburg städtischen Charakter erhält.

Zu den deutschen Landgemeinden rechnen ja nicht nur die Agrargemeinden, sondern die gerade in der Nachkriegszeit stark angewachsenen Arbeiter-Wohnortgemeinden in Industrieagenden, fast sämtliche Städte

an der Ost- und Nordsee und zahlreiche bekannte Kurorte in den deutschen Gebirgen. Um nur einige markante Beispiele herauszugreifen, sei darauf hingewiesen, daß die Insel Helgoland, das Ostseebad Ahlbeck, der bekannte Luftkurort Schreiberhau und Neubabelsberg in Berlin Landgemeinden sind. Die kommunalen Interessen solcher Gemeinden in Einklang zu bringen mit den tausenden kleiner Bauerndörfer, bedeutungsvoller Industrieorte von 20 000 und mehr Einwohnern, mag vielen zunächst als unmöglich erscheinen. In jähiger Aufbauarbeit ist dennoch gelungen, in zahlreichen Länderorganisationen einer Reichsorganisation, dem Deutschen Landgemeindetag, die Landgemeinden organisatorisch zu vereinigen und damit eine Zentralstelle zu schaffen, die ihren Wünschen Gehör und Anerkennung verschaffen kann.

Es gibt kaum eine Frage, die in den letzten Jahren und Monaten den Reichstag oder die Länderparlamente bewegt und die nicht von unmittelbarem entscheidendem Einfluß auf das Schicksal der Landgemeinden war. Gerade die Auseinandersetzungen über das Sanierungsprogramm der jetzigen Reichsregierung haben bewiesen, daß die Gemeinden in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Diskussion gerückt sind. Folgedessen dürfte auch der großen Landgemeindetagung im Reichstag am 21. November d. J., in Verbindung mit Vorstandssitzungen des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden stattfindet, eine besondere Bedeutung zukommen. Das große Interesse, das die Reichs- und Staatsbehörden an den Landgemeinden jetzt nehmen, zeigt sich schon daran, daß als Redner für diese Tagung Reichsanwalt Dr. Bräunig und Reichsernährungsminister Schiele gewonnen werden konnten. Außerdem wird der preussische Innenminister als Kommunalminister für die preussische Landesregierung sprechen. Die programmatischen Forderungen der Landgemeinden vertritt der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, Dr. Gercke-Bressel. Wenn auch wegen allgemeinen Notlage und Wirtschaftskrise in diesem Jahr von der Veranstaltung eines ganz großen Landgemeindetages, zu dem sich sonst 5000 bis 6000 Gemeindevertreter und Gemeindevorsteher in Berlin einfanden, abgesehen wurde, so dürften doch allein die Delegierten des Verbandes Plenarsaal und die Tribünen des Reichstages füllen. Vor allem aber beweisen die Redner und die Tagungsordnung der Rundgebung vom 21. November, daß es hier um einen Höhepunkt des kommunalen Lebens in der Jahre handeln dürfte.

Ein Interview Severings.

Die Regierung Herr der Lage.

Minister Severing erklärte einem Berliner Vertreter der „Neuen Freien Presse“, er sehe gegenwärtig keine Gefahr für die öffentliche Ordnung. Tatsächlich seien in letzter Zeit von kommunistischer Seite mehrfach Versuche gemacht worden, Unruhen zu erregen. Der tatsächliche Plan scheine zu sein, an mehreren Stellen die Flammen zu schüren, die sich dann über das Land verbreiten sollen. Bisher aber sei es immer gelungen, alle diese lokalen Brandstiftungsversuche zu ersticken, und er sei überzeugt, daß dies auch weiterhin gelingen werde. Berlin werde selbstverständlich besonders aufmerksam beobachtet. Hier sei ständig eine beträchtliche Polizeimacht konzentriert. Sie sei so beweglich organisiert, daß in kürzester Zeit starke Polizeikräfte an jeden bedrohlichen Punkt entsandt werden können. Natürlich dürfe man sich nicht auf die Abwehr beschränken. Das Uebel müsse an der Wurzel gelöst werden, und die Wurzel ist die Arbeitslosigkeit.

Ueber die Nationalsozialisten äußerte Minister Severing, gerade der Wahlerfolg habe ihre Ausschweifereien gebämpft. Außerdem seien sie durchaus nicht so einheitlich, so geschlossen, wie eine Partei sein müsse, die es unternehmen wolle, die Verfassung umzustossen und eine Diktatur auszurichten. Die Regierung sei auf alle Eventualitäten gefaßt und für alle Fälle gerüstet. Wer einen gewalttätigen Umsturz versuchen wolle, der werde die entsprechende Abwehr zu spüren bekommen. Alle staatlichen Behörden werden ohne Verzögerung, aber mit rücksichtsloser Entschlossenheit allen Versuchen dieser Art entgegenzutreten.

Politische Tageschau

Thüringen beschwert sich bei Brüning über Wirth. Der thüringische Ministerpräsident Baum wird im Laufe dieser Woche nach Berlin kommen, um mit Reichskanzler Dr. Brüning den Konflikt zwischen dem Reichsinnenministerium und der thüringischen Regierung zu besprechen. Baum beabsichtigt über das Vorgehen des Reichsinnenministers Beschwerde zu führen.

Rechenverband beantragt Verbindlichkeitsklärung. Nachdem die Arbeitnehmerorganisationen den Arbeitszeitstreikspruch für den Ruhrbergbau vom 12. November abgelehnt haben, hat jetzt der Rechenverband den Streikspruch angenommen und seine Verbindlichkeitsklärung beantragt. Der Schlichter Professor Braun ist gebeten worden, die Angelegenheit dem Reichsarbeitsministerium zuzuleiten.

Die Mandatskommission und die englischen Afrika-pläne. Die Mandatskommission des Völkerbundes hat sich mit der Frage befaßt, ob sie sich mit dem britischen Weißbuch über die bekannten Ostafrikapläne Englands auf ihrer jetzigen Tagung beschäftigen soll. Die Kommission hat diese Frage verneint und nach vorausgegangenem Meinungsaustausch den Beschluß gefaßt, die Erörterungen dieser Fragen bis zu dem Augenblick zu vertagen, wo die Mandatsmacht ihr den Vorlaut ihrer Entscheidungen gemäß der vor dem Rat am 6. September 1929 eingegangenen Verpflichtung mitgeteilt habe. Die Mandatskommission ist, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hierbei von der Erwägung ausgegangen, daß das Weißbuch der britischen Regierung noch nicht die Entscheidung sei, die der Mandatskommission am 6. September 1929 durch den britischen Außenminister Henderson in Aussicht gestellt worden ist.



Burg Allenstein als Museum.

Die einst von den Ritters des Deutschen Ordens erbaute Burg Allenstein in Ostpreußen soll jetzt zu einem Museum der Ordensgeschichte umgebaut werden.

Brüning's Vorschlag an die Sozialdemokraten.

Berlin, 20. Nov. In der Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gaben die Fraktionsmitglieder, die mit Reichskanzler Brüning verhandelt hatten, Kenntnis davon, daß Dr. Brüning bereit ist, auf Abänderungsvorschläge zu seinem Finanz- und Sanierungsprogramm zugehen, wenn durch sie der Sinn und das Ziel der Sanierung nicht gestört wird. Die Sozialdemokraten werden bei den Beratungen der Rotverordnung im Haushaltsausschuß betonen, die Kopfsteuer zu beseitigen. Sollte ihnen das nicht gelingen, dann werden sie darauf Wert legen, eine Staffelung der Kopfsteuer durchzuführen.

Das Flugschiff „Do X“

Keine Umbaupläne.

Eine Londoner Meldung will wissen, daß Dr. Dornier amerikanische Curtiss-Motoren des Flugschiffes Do X acht 900 PS britische Rolls-Royce-Motoren austauschen wird. Es sei aus diesem Grunde der geplante Atlantikflug verschoben worden. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren trifft diese Meldung in dieser Form nicht zu. Es liegt im Reich der Möglichkeit, daß sich englische Kreise für den eines Flugschiffes nach dem Typ des Do X interessieren die Ausstattung dieses Flugschiffes mit den oben genannten englischen Motoren wünschen, genau wie die für Italien bestimmten Flugschiffe nach dem Typ des Do X mit Fiat-Motoren ausgerüstet werden sollen. Die amerikanischen Curtiss-Motoren haben sich bei dem Do X sehr gut bewährt, und es dürfte Veranlassung vorliegen, diese Motorenanlage auszuwechseln.

Auch von einer Verschlebung des geplanten Atlantikfluges des Do X ist in gut unterrichteten Kreisen nichts bekannt. Auswechslung der Motorenanlage könnte schließlich auch nicht in einer der Etappenstationen vorgenommen, sondern auf der Werft in Altona durchgeföhrt werden, zumal umfangreiche Probeflüge sich dieser Arbeit anschließen müßten.

Man kann zu Gulasch, Leber, Ninken
genügend Topf Soße kochen
mit
MAGGI[®] Bratensoße
Sie enthält alles, was zu einer guten Soße gehört • Nur mit Wasser zu kochen • 1 Würfel für gut ¼ Liter 15 Pfg

Lokales.

Bad Homburg, den 20. November 1930.

Der Vertrag des Bades Homburg mit Preußen.

Wir berichteten bereits vor einiger Zeit über Verhandlungen des Bades Homburg mit dem preußischen Staat zwecks Zustandekommen eines Vertragswerks in Kurangelegenheit. Nach einer Meldung der „F. Z.“ nun der Vertrag mit dem pr. Finanzministerium abgeschlossen. Hiernach verzichtet die Stadt Homburg auf den Kurfonds, überträgt ihn an den preußischen Staat zur freien Verfügung und erklärt sich mit der Auflösung des Fonds einverstanden. Der preußische Staat gewährt als Gegenleistung der Kur-M. u. G. ein verzinsliches Darlehen in Höhe von 500 000 Rmk; der Betrag ist ausschließlich zur Ueberholung der der Kur-M. u. G. zum Nießbrauch überlassenen Baulichkeiten und Anlagen zu verwenden. Der preußische Staat verzichtet sich weiter, der Kur-M. u. G. für die Geschäftsjahre 1930 bis 1934 einen verlorenen Zuschuß von je 87 500 Rmk. zu gewähren. Die Stadtgemeinde Homburg verzichtet auf die Heranziehung der Kur-M. u. G. zur städtischen Grundvermögenssteuer, soweit die Kur-M. u. G. sie selbst tragen hätte, und zur Vergütungssteuer soweit die Kur-M. u. G. selbst als Veranstalterin in Frage kommt. Für Winterzeit ist bezüglich der letzteren Steuer eine besondere Regelung vorgesehen. Außerdem verpflichtet sich die Stadtgemeinde Homburg, für die Geschäftsjahre 1930 bis 1934 jährlich einen verlorenen Zuschuß von je 25 000 Rmk. zu gewähren, die gleiche Verpflichtung übernimmt die Frankfurter Lokalbahn M. u. G. in Höhe von je 12 500 Rmk. und die Stadtgemeinde Frankfurt in Höhe von je 25 000 Rmk. In einer Vorlage des Magistrats Frankfurt an die Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, daß die Hälfte dieses Betrages (12 500 Rmk.) an der Stadtgemeinde Frankfurt a. M. übernommen wird unter der Voraussetzung, daß der Landkreis Homburg und der Bezirksverband gleichfalls jährlich 12 500 Rmk. zur Verfügung stellen. Die Zustimmung des Landkreises Homburg und des Bezirksverbandes dazu liegt bereits vor. Am Schluß der Magistratsvorlage heißt es, daß Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung wohl darüber klar sind, daß das Homburger Engagement kein Gewinngeschäft sei. Man könne darüber verschiedener Meinung sein, ob es seinerzeit richtig war, die Beteiligung überhaupt zu übernehmen, heute aber das Engagement zu lösen, würde der Stadt Homburg gegenüber ein großes Unrecht sein.

Oberbürgermeister a. D. Lübke. In einem preußischen Kurort, wo er Erholung suchte, verschied Herrn im 68. Lebensjahre Oberbürgermeister Walter Lübke, das ehemalige Stadtoberhaupt Homburgs. 17 Jahre, vom September 1907 bis Dezember 1924, leitete der Versorbene, der vor seiner Homburger Amtszeit als Stadtdirektor der Stadt Elberfeld war, die Geschäfte der Stadt. Bekanntlich bekam er durch den früheren Bürgermeister den Titel eines Oberbürgermeisters zuerkannt. Herr Lübke, ein Verwaltungsbeamter von Format, war besonders während der schweren Kriegs- und Nachkriegsjahre der Stadt ausopfernde Dienste geleistet. Nach seiner Versetzung in den Ruhestand siedelte der Oberbürgermeister nach Berlin über. Sein Name wird mit der Geschichte Homburgs eng verknüpft bleiben.

Die Weihnachtslotterie abgelehnt. Der Oberbürgermeister in Kassel hat die von der Homburger Kaufmannschaft vorgesehene Weihnachtslotterie abgelehnt. Es soll eigentümlich berühren, wenn man weiter hört, daß ganz Preußen diese Lotterien verboten werden sollen, während dieselben in dem uns benachbarten Hessen gestattet werden.

Man will auch in Bad Homburg die Preise senken. Von der Welle der Preisensenkungen, die man heute in vielen Städten des Reiches feststellen kann, scheint nun auch Bad Homburg erfaßt zu werden. Der Plan, durch Herabsetzung der Preise die Kaufkraft der finanzschwachen Massen einigermaßen zu heben, ist wohl an sich begründbar. Bei einer kritischen Betrachtung der Materie muß man aber zugeben, daß der Weg, den man bisher allerorts eingeschlagen hat, nicht zum gewünschten Ziel führen kann, vor allem deshalb, weil die bisher in Großstädten vorgenommene Preisensenkung derart minimal ist, daß sie gegenüber dem gewaltigen Gehalts- und Lohnabbau in gar keinem Verhältnis steht. Symptomatisch hierfür sind die Verhältnisse in Berlin. Nach dem Berliner Metallstreik sprachen sich 13 — 15%ige Lohnsenkung in Frage kommt. In vielen Betrieben ist diese Lohnsenkung schon durchgeführt. Es müßte nun zur Hebung der Kaufkraft des Konsumenten der Preis der Waren nicht nur prozentual dem Lohnabbau angepaßt werden, sondern noch tiefer herabgesetzt werden. Erst dann könnte man mit Gewißheit sagen: Die Waren sind billiger geworden. Ein

Beispiel: Ein Arbeiter, der bisher einen Wochen-Lohn von 40 Rmk. erhielt, bekommt nach einem 15%igen Lohnabbau nur noch 34 Rmk. ausbezahlt. Der Preisabbau, soweit ein solcher bisher durchgeführt worden ist, kann im allgemeinen mit 5 — 10% festgelegt werden. Folglich hat der Käufer augenblicklich von dem Preisabbau so gut wie nichts profitiert. Will man die Kaufkraft heben, dann muß der Preisabbau prozentual stärker in Erscheinung treten, wie der Lohn- und Gehaltsabbau. Die Lösung dieses Problems wird allerdings mit großen Schwierigkeiten verbunden sein. Trotz alledem ist es begrüßenswert, daß unter Führung der städtischen Behörde eine billige Preisenkung nun vorgenommen werden soll. In einer Ausschussberatung, zu der Vertreter der verschiedenen Innungen und Branchen geladen waren, erkannte man allgemein die Notwendigkeit der Preisenkung an. Die Vertreter des Metzgerhandwerks erklärten, daß der Verkaufspreis des Schweinefleisches um 5 Pfg., nachdem schon vorher eine Senkung von 1,40 auf 1,20 Rmk. stattgefunden hatte, durchgeführt werden konnte. U. a. seien auch die Wurstpreise um 20 Pfg. pro Pfund gesenkt worden. Von der Bäckerinnung erfuhr man, daß ab 20. November der Preis für den 1500 Gramm-Laib auf 0,62 Mk. ermäßigt werden soll.

In der Kolonialwarenbranche und Gemüsehandel, die schon im Laufe des Jahres die Preise herabsetzten, schweben wegen weiterer Preisreduzierungen augenblicklich Verhandlungen. In der Schuhwarenbranche, das konnte festgestellt werden, sind die Preise schon stark herabgesetzt worden, aber auch hier ist noch mit weiteren Preisreduzierungen zu rechnen. Bei den Fischhandelspreisen muß man die derzeitige Verhandlung mit der Regierung abwarten. Der Ausschuss wird nächste Woche wiederum zusammen treten. Jedenfalls muß man sich schon jetzt darüber bewußt sein, daß der Erfolg des Ausschusses in hohem Maße von der Preisbewegung der großen Nachbarstadt abhängig ist.

Kammermusik-Abend des Rolf-Quartetts.

Erst kürzlich hat das Rolf-Quartett eine Umbesetzung erfahren, die ihm keineswegs eine Einbuße seiner alten Qualität und Tradition gebracht hat. Am Bräsepull sehen wir nun Herrn Handl, als Cellist fungiert Herr Burbaum in dieser Umbesetzung. Die Primage meißelt der Vierter des Quartetts, Herr Professor Rolf. Wem, der dank seiner suggestiven Pädagogik dem Streichensemble seinen Charakter aufzwingt. Herrn Prof. Fischer hörte man am Abend am Sekundopul. Die Vortragsfolge enthielt das Beethoven'sche Streichquartett in B-dur op. 67, ferner das Streichquartett in B-dur op. 67 von Johannes Brahms und schließlich das entzückend dahinfließende Streichquartett in D-dur op. 64 von Jos. Haydn (Verdnerquartett). Das Rolf-Quartett, das in der gesamten Musikwelt einen großen Namen hat, erfreute auch am gestrigen Abend im gut besetzten Konzertsaal des Kurhauses seine Zuhörerschaft durch die meisterhafte musikalische Gestaltung sowie die virtuose Ausführung der Werke. Der reiche Beifall des Publikums rief die Künstler mehrmals aufs Podium.

Künstlererfolg. In dem Wettbewerb um das Ehrenmal, das der Verband der Pioniere und Verkehrstruppen von Rheinland und Westfalen errichtet, ist die Entscheidung zur Ausführung auf den Entwurf von Professor S. Liebmann von hier gefallen.

In der Kurhaus-Bar ist die dieswöchentliche Sonderveranstaltung auf den Freitag verlegt worden, da die Bar am Sonnabend und Sonntag geschlossen bleibt. Besondere Plakate werden nicht ausgestellt, doch kann verralten werden, daß eine ganze Reihe netter Scherzplakate mit hübschen Preisen vorgelegt sind. Für das Arrangement des Abends sorgt das Kurhauspaar Edwin von Kayser — Gräulein Magda Buhren.

Evangelische Volksvereinigung. Den ersten Vortragsabend in diesem Winter hielt die evangelische Volksvereinigung Bad Homburg am Freitagabend im vollbesetzten Kirchenaal der Erlöserkirche ab. Im ersten Teil des Abends sprach Pfarrer Lippold über „Luther und wir“ und betonte, daß wir weniger von dem geschichtlichen, als von dem gegenwärtigen, lebendigen Luther reden wollten, der nur für Gott war und dieser erlebte als alle anderen, was Sünde war. Auf legalem Wege war es nicht möglich, die Kirche zu reformieren, sondern nur durch die Tat Luthers selbst. Dekan Holzhausen hielt sodann einen fesselnden Vortrag über die oberbayerischen Berge, der durch prachtvolle, von Herrn Weill aufgenommene Lichtbilder illustriert wurde, sodaß die Anwesenden sozusagen eine interessante Reise nach Oberbayern miterlebten.

Selbstmord. Ein hiesiger Einwohner machte vergangenen Dienstag seinem Leben durch Erschießen ein Ende.

Verlauf der Mitglieder-Versammlung des Homburger Tiererschützenvereins E. V. Die gut besuchte Versammlung ließ erkennen, daß das Interesse

für Tierchutz in Bad Homburg auf sehr fruchtbaren Boden gefallen ist. Allgemeines Interesse und Genehmigung fand der Tätigkeitsbericht. Von Seiten der Mitglieder wurden weitere Anregungen gegeben, und werden entsprechende Eingaben an Regierung und Stadtverwaltung eingeleitet werden. Besondere Aufgaben des Vereins für die Wintermonate wird die Winterfütterung der Vögel und Aufklärung über dieselbe in der Lokalpresse sein. Die Ergänzungswahl des Vorstandes ergab weiter die Damen: Frau Amtsgerichtsrat Käthe Gerber-W., Frä. Caroline Müller; die Herren: Dr. Carl Rich. Stürko med. vet. Tierarzt, Oberstleutnant a. D. Robert Werner und C. Eichweide, Rentner Phil. Blun. Syndikus Dr. Richard Thieleke, Werner Glemming, Veterinär Dr. Bruehn. Die Versammlung schloß mit den allgemeinen Wünschen, daß sich der Verein weiter gut entwickeln möge gegen 12 Uhr.

Um die Bezirksmeisterschaft im Arbeitssport. (Oberhöchstadt erste Mannschaft gegen Homburg erste Mannschaft 1 : 4 (0 : 2). Mit diesem Siege hat Homburg seine Position für die Kämpfe um die Bezirksmeisterschaft verbessert. Beide Mannschaften standen sich in stärkster Aufstellung gegenüber. Das Spielfeld war von Zuschauern schwarz umfüllt, als der Schiri das Spiel anpfliff. Das Spiel begann mit einem lebhaften Tempo; es zeigte sich bald eine kleine aber sichere Überlegenheit der Homburger. Durch exakte und bessere und daher schöne Kombination kommen Homburgs Stürmer vor des Gegners Tor, wobei viele gutgemeinte Schüsse knapp ihr Ziel verfehlen. Ausschlaggebend ist dabei vor allem die Homburger Hintermannschaft, die den Gegner so abdeckt, daß die meisten Angriffe im Keime erstickt werden. Die Homburger Mannschaft hat wieder einmal bewiesen, daß sie noch Fußballspielen versteht, ohne jedoch ihr schon gezeigtes Können zu erreichen. Der schnelle Start und das Nachsehen, sowie das präzise Zuspiel muß noch besser werden, trotzdem die vier erzielten Tore Erfolge guten Zusammenarbeitens waren. Das typische Gegenstück zu den Homburgern war Oberhöchstadt. Eine eifrige Elf, mit nicht allzuviel Technik, aber mit einem Kampfsgeist versehen, der schon an Verblissene grenzt, stand nur zu oft machtlos dem starken Zuspiel der Homburger gegenüber. Der Sieg Homburgs stand daher nie in Frage. Wenn Homburgs Elf so weiter spielt, was bei dem eifrigen Training bestimmt zu erwarten ist, versprechen die kommenden Meisterschaftsspiele recht interessant zu werden. — Vor dem Spiel der ersten Mannschaft trafen sich beide Jugendmannschaften obiger Vereine, was von der Homburger Jugend mit einem 3 : 1 Sieg entschieden wurde. Auch in diesem Spiel zeigten die Grünweißen Jünglinge, daß sie zu spielen verstehen. Es war eine Lust mit anzusehen, wie bei den Sungen der Ball flach von Mann zu Mann wanderte und schon die vielen Zuschauer begeisterte. — Auf dem hiesigen Platz spielte die zweite Mannschaft der Arbeitssportler gegen Cronbergs erste Mannschaft und gewann nach überlegenem Spiele 5 : 2. Auch diese Elf wird mit jedem Spiele besser. — Als einzige Mannschaft des Tages, welche ihrem Gegner die Vorbeeren überließ, war die dritte Mannschaft, die gegen Cronbergs zweite Mannschaft mit 1 : 2 unterlag. Der bessere wird immer siegen. Hell.

Achtung! Achtung! — Hier Südwestdeutscher Rundfunk, Funkhilfe und Radioklub Bad Homburg: Wir bringen Ihnen morgen einen äußerst interessanten Vortrag über Rundfunkübertragungen, deren Bekämpfung und Beseitigung. Unter diesem Thema findet am Freitag (1. Inseal) im großen Saale des Schützenhofes ein lehrreicher Vortragsabend statt. An Hand von Lichtbildern und Schallplatten werden Ursache und Tragweite der hervorgerufenen Empfangsstörungen demonstriert.

Israelitischer Gottesdienst.

Samslag, den 22. 11. 30. Vorabend 4³⁰; morgens 9, Nachmittags 3³⁰; Sabbatende 5³⁰; Werktags morg. 7 abends 4³⁰.

Nachruf.

Gestern verschied plötzlich der

frühere Oberbürgermeister unserer Stadt

Herr Walter Lübke

Während der Zeit vom 1. September 1907 bis 31. Dezember 1924, also mehr als 17 Jahre, hat er die Geschicke unserer Stadt in vorbildlicher Weise geleitet.

Ausgezeichnet mit hohen Gaben des Geistes, umfangreichem Wissen und reicher Erfahrung verstand er es, die Schwierigkeiten seines verantwortungsvollen Amtes mit fester Hand zu meistern. In seine Amtszeit fiel der Weltkrieg und der Zusammenbruch der Währung, mit außerordentlichen Aufgaben für die Gemeindeverwaltung. Auch hier bewährte sich seine Persönlichkeit in ausgezeichneter Weise.

Die Stadtverwaltung wird das Gedächtnis ihres hochverdienten einstigen Oberbürgermeisters stets in Ehren halten.

Bad Homburg v. d. G., den 20. November 1930

Der Magistrat
Dr. Görtlein

Aus Nah und Fern.

Frankfurt a. M. Die Kommunalpolitik von Frankfurt scheint in diesen Tagen eine entscheidende Wendung zu nehmen. Nachdem schon seit sechs Wochen Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung über das durch die Mehrbelastung des Wohlfahrtsrats entstandene Defizit von 8,5 Millionen Mark, hat jetzt die Stadtverordnetenversammlung alle Dedungsvorschläge des Wohlfahrtsrats sowie sämtliche Anträge der Parteien abgelehnt. Nach einer langen, hitzigen Debatte stellte die Versammlung fest, daß 8,5 Millionen für die Dedung zu bewilligen sind, konnte aber eine Dedung nicht beschließen. Um die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen, wurde ein Zentrumsantrag zugestimmt, die erforderlichen Mittel seitens des Magistrats im Wege des Rassenkredits bereitzustellen. Der Magistrat, der zu diesem Beschluß sofort Stellung nahm, lehnte nach kurzer Beratung die Rassenkreditaufnahme als unverantwortlich ab. Dagegen schlug er der Stadtverordnetenversammlung vor, mit ihm eine Verständigungskommission zu bilden, die zu einer allerhöchsten Stellungnahme zum Defizit kommen soll. Die Kommission wird bereits am Freitag zusammentreten. Wie die Entwicklung nun weitergeht, ist nicht vorauszusehen. Auf jeden Fall hat sich im Frankfurter Rathaus das Gespenst eines Staatsbankrotts eingenistet und erhebt bedenklich sein Haupt.

Arbeiterentlassungen bei den Adlerwerken

Frankfurt a. M. Die Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer & Co., beabsichtigen, einem großen Teil der Belegschaft zum 15. Dezember zu kündigen. Von der Maßnahme werden etwa 1500 Mann betroffen. Wie die Verwaltung mitteilt, handelt es sich bei den Entlassungen nur um eine vorübergehende Maßnahme. Sie begründet den Schritt in der Hauptsache mit der Notwendigkeit technischer Umstellungen. Wie versichert wird, will man den Betrieb mit Beginn des neuen Jahres wieder voll aufnehmen. Es steht noch nicht fest, ob die Entlassungen überhaupt in dem zunächst geplanten Umfang durchgeführt werden.

Frankfurt a. M. (Tödlische Gasvergiftung.) Der Installateur Fritz Handschuh wurde in der Adalbertstraße 20 am Küchentisch sitzend tot aufgefunden. Nach den Ermittlungen liegt ein Unglücksfall vor. Der Verunglückte hatte sich Milch zum Frühstück auf dem Gasherd gewärmt und war im Begriff, sein Frühstück zu richten. Hierbei löschte die Milch über und löschte die Flamme aus. Der Mann bemerkte dies nicht und nahm die Milch vom Gasherd, ohne den Gashebel zu schließen. Er setzte sich an den Tisch, um sein Frühstück einzunehmen und fand so den Tod durch Einatmen des austretenden Gases.

Frankfurt a. M. (Billiger Einkauf: für 1000 Mark Waren ohne Zahlung.) Das Schöffengericht verurteilte eine bis dahin unbestraft gewesene Frau zu acht Monaten Gefängnis, weil sie es fertig gebracht hat, in dem Warenhaus einer bekannten Beamtenorganisation nicht weniger als acht Mal unter falschem Namen Waren in einem Gesamtbetrag von 1000 Mark zu entnehmen, ohne einen Pfennig auf die Rechnung zu bezahlen.

Frankfurt a. M. (Verhaftete Kollidie.) In der Graubengasse erfolgte die Verhaftung von vier Kollidie. Sie hatten die Gewohnheit, die Beute in Häusern verschwinden zu lassen, die zwei Ausgänge besitzen.

Fulda. (Schwerer Einbruch.) In der Nacht wurde in das Kaufhaus Willigsdorfer ein schwerer Einbruch verübt. Die Diebe drangen vom alten jüdischen Friedhof aus auf der Rückseite des Hauses durch ein zertrümmertes Fenster in den Laden ein, packten dort ungestört Hemden, Handschuhe, Damenschlupfer, Strümpfe usw. im Gesamtwert von etwa 2000 Mark zusammen und verschwanden wieder in derselben Weise, in der sie gekommen waren. Der Diebstahl wurde so spät entdeckt, daß die Diebe ihre Beute ungestört in Sicherheit bringen konnten.

Frankfurt a. M. (Schwere Verabreichung eines Autos.) Unbekannte Täter entführten aus der Schubertstraße das Lieferauto einer hiesigen Konfektionsfirma und verbrachten es nach der Schindlerstraße. Hier wurde der Wa-

gen ausgetauscht. Gestohlen wurden ein Damenpelz und sechs Damenkleider im Gesamtwert von 15000 Mark. Täter kommen wahrscheinlich ein Mann und eine Frau, die beobachtet wurden, als sie die Sachen aus dem Auto fortzuschaffen.

Gersfeld. (Raubüberfall bei Gersfeld.) In der Straße von Gersfeld nach dem Rhönhaus wurde ein Mann namens Willi Romeis vom Bernhof von drei Hauswerksburschen überfallen und ausgeplündert. Den Räuber fiel eine Rembranduhr und eine Geldtasche mit 22 Mark in die Hände. Das Trio ist entkommen; es fehlt ihm jede Spur.

Freitag, 21. November.

Katholisch und protestantisch: Mariä Opferung.
Sonne: Aufgang 7.26 Uhr; Untergang 16.05 Uhr.
Mond: Aufgang 9.02 Uhr; Untergang 16.13 Uhr.

Gedenktage.

1694 * Der Schriftsteller J. M. Rouet de Volaire in Paris († 1778). — 1768 * Der Theologe Friedrich Schleiermacher in Breslau († 1834). — 1811 † Der Dichter Heinrich v. Kleist in Potsdam (* 1777). — 1916 † Kaiser Franz Joseph von Österreich (* 1830). — 1928 † Fürst Heinrich XXVI. von J. L. in Gera (* 1858). — † Der Dichter Hermann Sudermann in Berlin (* 1857).

Wetterbericht.

Innerhalb der Kaltluft, die jetzt über uns liegt, kommt es hauptsächlich in den nördlichen Teilen unseres Bezirkes noch zu einzelnen Schauern. Ein durch die Kaltluft aufgebautes langgezogenes Hochdruckgebiet auf der Linie Island-Nordfrankreich wird sich nach Osten verlagern. Bei klarer Nacht und geringer Luftbewegung muß damit gerechnet werden, daß die Temperaturen stellenweise bis fünf Grad unter den Gefrierpunkt sinken.

Voraussichtliche Witterung: Zuerst noch vereinzelte Schauer, anschließend meist trockenes, wechselnd bewölkt und kühles Wetter mit öftlichen Frühlingsregen, nachts verstärkte Frostgefahr.

Bleiche im Hause

Machen Sie sich unabhängig vom Regenwetter, unabhängig von jeder Rasenbleiche. Verwenden Sie zum Bleichen

Seifix

Durch Seifix erhalten Sie eine blendend weiße, unverdorbene Wäsche. Dazu beseitigt Seifix bestimmt alle Obst-, Wein-, Kaffee-, Kakao-, Flecken usw. Seifix wäscht und bleicht — unerreicht.



Seifix wird hergestellt in den Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver G. m. b. H., Düsseldorf.

Seule eintreffend: Irische Seefische. Marinaden. Räucherwaren in großer Auswahl gebackene Fische zu billigsten Preisen Wilh. Feld Marktlaube. Telefon 2758.

Hypotheken

zu 6% Binf. vergibt unsere Kreditgesellschaft. Näheres u. Aufschreiben d. Hypothekentafel A. G., Leipzig C 1, Dufourstr. 4.

Suchen Sie Geld?

dann wenden Sie sich verbindlich zw. kostenl. Auskunft an: Stern, Frankfurt a. M. Mainluststr. 16 II. Telef. Senkenberg 32572.

Anodenbatterien

stets frisch am Lager:
60 Volt 4.80 Mk.
90 Volt 7.20 Mk.
100 Volt 8.00 Mk.
120 Volt 9.60 Mk.
150 Volt 12.00 Mk.

Otto Krag

Elektro u. Radiotechn. Ges. Bad Homburg a. Mainstr. 90. Telefon 2104.

Wieder ein billiges S & F-Angebot

Maccaroni Pfd. -.52 oder Eier-Bruch-Spaghetti

Tomatenmark -15 1/2 Dose -.30, 1/10 Dose

Für die Weihnachts-Bäckerei geraspelte Cocosnuß Pfd. -.40

Blockwurst schnittfest 1/4 Pfd. -.40 Cervelatwurst do. steiner 1/4 .. -.45

SCHADE & FÜLLGRABE

Bad Homburg

5 Proz. Rückvergütung!

Homburger Kriegerverein.

Am Totensonntag, Sonntag, den 23. November 1930, beteiligt sich der Homburger Kriegerverein an der Fahne am Hauptgottesdienst 9.40 Uhr in der evangelischen Elisabethkirche.

Der Vorstand.



Artillerie-Verein Bad Homburg

Am Totensonntag, dem 23. d. M. 10.30 Uhr versammeln sich die Kameraden im Vereinslokal „Löwen“. Anschließend Abmarsch zur Kranzniederlegung am Denkmal in der Hülfsleinsstraße. Erscheinen Aller Ehrenpflicht.

Der Vorstand
I. H. Schneider

Vom 20.—22. November

Praktische Backvorführung im

„Küchenwunder“-Brat- u. Backapparat

— Kostproben gratis —

Heinrich Schenderlein

Haus- u. Küchengeräte • Öfen u. Herde • Eisenwaren •

Baupenglerei und Installations-Geschäft
Bad Homburg • Luitensstraße 43 1/2

Aufgeweckter Junge mit nur besten Schulzeugnissen wird zum sofortigen Eintritt als

Buchdrucker-Lehrling

von hiesiger Druckerei gesucht. Schriftl. selbstgeschriebene Angebote mit Lebenslauf unter H. G. 650 befördert die Geschäftsstelle der „Homburger Neueste Nachrichten“.

Achtung! Achtung!

Der „Südwestdeutsche Rundfunk“ hält morgen, Freitag, abends 8 Uhr, im Hotel-Restaurant „Schützenhof“ einen großen Vortragsabend mit Lichtbildern u. Schallplatten über

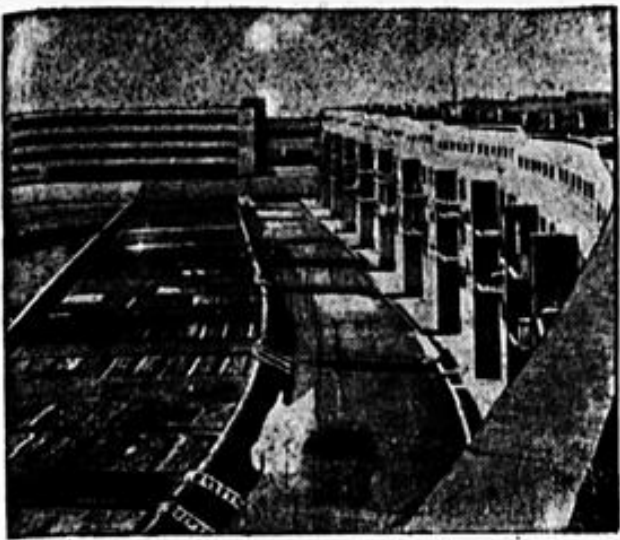
Rundfunkstörungen

u. deren Bekämpfung u. Beseitigung
Anschließend Diskussion.

Prima Pferdefleisch

ohne Beilage Pfd. 50 Pfg.,
Würstchen 10 Pfg.,
Cervelatwurst 1 Pfd. 1.— Mk.

Eckhardt Hardt, Töpferweg 1



Neue deutsche Baukunst bei Frankfurt

Die chirurgische Behandlung des Krebses.

Von Professor Dr. Ludwig Arnsperger — Karlsruhe.

Zum Verständnis der chirurgischen Behandlung des Krebses müssen einige grundlegende biologische Tatsachen der Entstehung und Entwicklung der bösartigen Geschwülste, die unter dem Sammelnamen Krebs bezeichnet sein sollen, hervorgehoben werden.

1. Der Krebs ist eine Geschwulstbildung, die aus Zellen besteht und sich von einer Stelle des Körpergewebes aus entwickelt. Die Krebsgeschwulst bleibt längere Zeit auf ihren Ursprungsort beschränkt. Die Krebsgeschwulst an Haut und Schleimhäuten zerfällt in der Mitte und bildet das Krebsgeschwür, während der Krebs an den Rändern weiterwächst.

2. Die Krebszellen haben von normalen Körperzellen abweichende Eigenschaften. Sie zeigen neben einem veränderten Stoffwechsel und Aussehen der einzelnen Zellen ein schrankenloses Wachstum und die Neigung, nach Verschleppung in die Lymphdrüsen und Einbruch in die Blutbahn, an anderen Stellen des Körpers neue gleichartige Geschwülste (Metastasen) zu bilden.

3. Die Krebserkrankung betrifft hauptsächlich Menschen jenseits des 40. Lebensjahres. Es ist also anzunehmen, daß der menschliche Körper Schutzkräfte gegen die Krebsentwicklung besitzt, die mit zunehmendem Alter schwächer werden.

Den klinischen Verlauf des Krebsleidens können wir zum klaren Verständnis in 3 Stadien einteilen:

Die Krebsgeschwulst ist auf ihren Ursprungsort beschränkt. Die Krebsentwicklung hat auf die benachbarten Lymphdrüsen übergegriffen.

Die Krebszellen haben durch Einbruch in die Blutbahn zu Krebsentwicklung in anderen Organen geführt.

Das höchste Ziel der chirurgischen Behandlung ist natürlich die völlige Ausrottung des ganzen Krankheitsherdes durch operative Entfernung der erkrankten Körperstelle. Es ist klar, daß dieses Ziel nur im Anfangstadium des Krebses, wenn die Geschwulst noch auf ihren Ursprungsort beschränkt ist und noch keine Nachbarorgane ergriffen hat, mit einiger Sicherheit erreicht werden kann.

Wie geht es nun mit den Erfolgen der chirurgischen Behandlung des Krebses? Bei Beantwortung dieser Frage muß zwischen den sichtbaren und der äußeren Untersuchung zugänglichen Krebsgeschwülsten und den Geschwülsten der inneren Organe, besonders des Magens und Darmes, unterschieden werden. Die Krebsgeschwülste der äußeren Haut können, wenn sie noch nicht so groß sind, mit großer Sicherheit radikal entfernt und dauernd geheilt werden.

Schwieriger ist dies schon bei den Krebsen der Brustdrüse, die zwar als harter Knoten in der sonst weichen Brust fühlbar ist, aber anfangs keine Schmerzen oder sonstige Beschwerden machen und daher oft lange Zeit für harmlos oder belanglos gehalten werden. Dadurch geht oft kostbare Zeit verloren; das ist besonders bedauerlich, weil der Brustkrebs im ersten Sta-

dium, d. h. wenn die Lymphdrüsen noch nicht ergriffen sind, mit großer Sicherheit durch die operative Behandlung dauernd geheilt werden kann. Die Statistik schwankt zwischen 75 und 100 Prozent Heilung.

Wir sprechen von Dauerheilung, wenn nach 5 Jahren kein Rückfall eingetreten ist; erfahrungsgemäß ist ein späteres Auftreten von Rückfällen selten.

Auch bei den Krebsen des Magen-Darmtraktes berichten viele Operateure über Dauerheilungen, besonders bei Mastdarm- und Dickdarmkrebs. Ich habe am 7. November 1929 den Karlsruher Ärzten über mehrere Kranke berichtet, deren Operationen wegen Mastdarmkrebs oder Dickdarmkrebs mehr als 5 Jahre, teilweise 10, 12 und 18 Jahre zurückliegen und die geheilten Patienten vorgestellt. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß es gelingt, auch bei diesen der Untersuchung schwereren zugänglichen Krebsen Dauerheilungen zu erzielen. Leider können wir aber niemals vorher sagen, welche Kranke gerade zu diesen schönen Erfolgen gehören werden.

Auch in den Fällen, in denen eine radikale Entfernung der Krebsgeschwulst nicht mehr möglich ist, kann die chirurgische Behandlung noch segensreich wirken.

Große Geschwülste mit überliegendem Ausfluß, die den Kranken und seine Umgebung aufs äußerste peinigen, können durch operative Entfernung der zerfallenen Geschwulst in einen erträglichen Zustand gebracht werden, auch wenn eine radikale Heilung nicht mehr möglich ist.

Am Magen und Darm führt die Krebsgeschwulst vielfach zu Verengerungen dieser Organe, wodurch der normale Durchgang der Speisen durch den Verdauungskanal gestört wird und sehr erhebliche Beschwerden auftreten. Auch hier ist der operative Eingriff äußerst segensreich, wenn er durch Anlegung einer neuen Magen-Darmverbindung oder eines künstlichen Alters den Speifen den ungehinderten Durchgang durch den Verdauungskanal wieder ermöglicht, so daß die Kranken wieder aufleben, ihre Schmerzen verlieren, oft an Gewicht zunehmen, und sich auf Monate und Jahre hinaus subjektiv völlig gesund fühlen, auch wenn der Krankheitsherd selbst nicht entfernt werden konnte.

Wir sehen also, daß es durch die chirurgische Behandlung des Krebses in vielen Fällen gelingt, dauernde Heilung zu bringen, in anderen Fällen wenigstens die Beschwerden dieser furchtbaren Krankheit zu lindern. Durch das Zusammenwirken der operativen Behandlung mit anderen Methoden, Strahlenbehandlung, Verwendung des elektrischen Stromes, soll die Häufigkeit der Krebsrückfälle günstig beeinflusst werden.

Zusammenfassend ist also zu sagen: Je früher die chirurgische Behandlung einsetzen kann, desto günstiger sind die Aussichten auf Erfolg. Darum kommt alles darauf an, daß die Kranken ihre Scheu vor dem Krankenhaus und dem chirurgischen Eingriff überwinden und andererseits die ärztlichen Untersuchungsmethoden möglichst vervollkommen werden, um auch innere Krebse, besonders am Magen-Darmkanal, frühzeitig erkennen und operativ behandeln zu können. Weiterhin ist es das Bestreben der Chirurgie, die Operationen durch Verminderung der Gefahren der Narkose und Verbesserung der operativen Technik immer ungefährlicher und sicherer zu gestalten.

Die Wirtschaftswoche.

Geringere Einzelhandelsumsätze. — Auch die Sparcassen spüren die wirtschaftliche Notlage. — Die verschärfte Abschaffung. — Der Geldmarkt beruhigt sich allmählich. — Reich und Ueberbrückungskredit. — Immer wieder die Reparationen. — Etwas mehr Tempo im Preisabbau. — Auch die kommunalen Werke müssen folgen. — Härtere Maßnahmen unausweichlich.

An der wirtschaftlichen Depression hat sich noch nichts geändert. Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung waren im dritten Vierteljahr die gesamten Einzelhandelsumsätze um rund 600 Millionen niedriger als im Vorjahre. Für Dezember sei mit einem Einzelhandelsumsatz von etwa 4,5 Milliarden oder etwa 300 bis 400 Millionen weniger als im vergangenen Jahr zu rechnen.

Der Zuwachs der Sparcasseneinlagen hat sich gegenüber dem Vorjahre beträchtlich verlangsamt: Stagnierende Einzahlungen, wachsende Rückzahlungen. Im einzelnen sei noch erwähnt, daß die Rohl der Arbeitslosen am 31. Oktober bereits

auf über 3 1/2 Millionen gestiegen war. Der Absatz an Ruhrkohlen ist sich gleich geblieben, die Halbenbestände sind von 7,5 auf 7,9 Millionen Tonnen gestiegen. Die Krise am Erzmarkt hält an. Der Stahlwerksverband hat wegen ungenügender Preise die Exportverkäufe nach außereuropäischen Ländern eingestellt. Allgemein wird vom Eisenmarkt anhaltender Beschäftigungsrückgang gemeldet, auch aus der Kleinisenindustrie. Aus der Schuhindustrie wird vermehrte Kurzarbeit berichtet.

Die Beruhigung der innerpolitischen Lage blieb nicht ohne Rückwirkung auf den Geldmarkt. Am offenen Geldmarkt machte allerdings die Ueberwindung der Ultimoverweigerung nur sehr langsame Fortschritte. Den Gesamtbetrag der Kapitalien, die seit dem 13. September der deutschen Wirtschaft durch Marktsucht entzogen worden sind, schätzt die Dresdner Bank auf 1 1/2 bis 2 Milliarden. Die unverantwortlich egoistische Geldpolitik Frankreichs hat zu einer Ueberinspektion geführt, deren Folge ein Bankzusammenbruch und schwere Beunruhigung der gesamten Pariser Börse war. Der Eingang des Ueberbrückungskredits befreit die Reichsregierung bis zum Jahresende von ihren Geldsorgen. Die größere Hälfte, nämlich rund 300 Millionen, wird allerdings sofort für Reparationszahlungen benötigt. Trotzdem scheint die Reichskasse gesichert zu sein, zumal auch der Betrag der begebenen Reichsschatzwechsel wieder auf 300 Millionen gewachsen ist.

Im Ruhrgebiet hat ein Schiedspruch das bisherige Arbeitszeitabkommen auf ein Jahr verlängert und im Metallkonflikt in Berlin hat ein Schiedsgericht den ersten Lohnabbau-Schiedspruch im Wesentlichen bestätigt. Es ist kein Wunder, daß die Regierung jetzt die größten Anstrengungen unternimmt, die Preise endlich doch noch zu senken. Sie hat zu diesem Zweck einen besonderen Rabinetsausschuß gebildet. Zunächst hat sich der Angriff auf die Lebensmittelpreise gerichtet. Großhandelsverband und Reichsverband der Deutschen Industrie verlangen jetzt vor allen Dingen eine Senkung der Post- und Eisenbahntarife. Wie es heißt, will jedoch die Reichsbahn lediglich die Exporttarife für Rohle ermäßigen. Stark sind auch die Widerstände bei den kommunalen Versorgungsbetrieben gegen eine Tarifermäßigung. Der Deutsche Städtetag hat sich zwar zur Unterstützung der Preis-senkungsaktion der Regierung bereit erklärt, aber von einer Herabsetzung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise sagt er nichts. Falls der bisherige Widerstand gegen die Preis-senkung nicht aufhört, wird man in wenigen Wochen mit viel härteren Maßnahmen rechnen müssen, als sie jetzt zur Wiederbelebung der Konjunktur notwendig sind.

Sind Sommerproffen Schönheitsfehler oder eine Krankheit?

Die Ärzte sagen: Krankheit. — Das Reichsgericht: Schönheitsfehler.

Wegen Uebertretung des Farbstoffgesetzes war ein schlesischer Apotheker zunächst vom Schöffengericht zu Hirschberg zu einer geringen Geldstrafe verurteilt, dann aber vom Landgericht freigesprochen worden, und jetzt hat das Reichsgericht dieses Urteil wieder aufgehoben und die Sache zu anderweitiger Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Der Sachverhalt zu dieser eines gewissen Humors nicht entbehrenden Strafprozeßsache aber ist der: Jener Apotheker hatte zur Beseitigung von Sommerproffen ein Mittel hergestellt und in den Handel gebracht, das neben circa 10 Prozent Bismutsubnitrat 5 Prozent Quecksilber enthielt. Die Frage ist nun, ob man ein solches Mittel als ein Schönheitsmittel oder als ein Heilmittel ansprechen muß. Kosmetische Mittel dürfen nach dem Farbstoffgesetz kein Quecksilber enthalten, während diese Einschränkung für eigentliche Heilmittel, die dem Arzneimittelgesetz unterliegen, nicht gilt. Von den hinzugezogenen Sachverständigen war somit die Frage zu entscheiden, ob Sommerproffen als bloßer Schönheitsfehler oder als eine Krankheit anzusehen sind. Die gutachtlichen Äußerungen der Sachverständigen waren nicht vollkommen eindeutig. Sie ergaben jedoch nach Auffassung des Reichsgerichts, daß man Sommerproffen als eine Abnormität der Haut und damit im weiteren Sinne als eine Erkrankung derselben anzusehen hat. Das von dem angeklagten Apotheker hergestellte Mittel ist demnach als Heilmittel anzuspochen. Die Verwendung von Quecksilber zu seiner Herstellung ist daher

5 7 Uhr abends

Roman von Paul Glemos

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Villy Behrens begann die Unterhaltung, als sie eine Zeitslang neben Jsenbeil hergeschritten war.

„Was meint denn Doktor Carsten zu der Angelegenheit?“ fragte sie mit ihrer weichen, warmen Stimme, von der Doktor Carsten gesagt hatte, sie klinge wie das Murmeln eines Bächleins im Walde.

„Er ist undurchsichtig wie die Nacht“, sagte Jsenbeil.

„Hat er sich denn nicht mit Ihnen ausgesprochen?“

„Nicht im geringsten. Er beschränkte sich darauf, mir gute Ratschläge zu geben.“

„Was für gute Ratschläge?“

Jsenbeil wich ihrem Blick aus. „Er riet mir, mich zu verlieben.“

Auch Villy Behrens änderte plötzlich die Richtung ihres Blicks.

Verschüchtert fragte sie: „Warum?“

Jsenbeil zuckte hilflos mit den Achseln. „Er riet mir, mich schleunigst zu verlieben. Wenn ich verliebt sei, würde ich die ganze Angelegenheit verstehen.“

„Und Sie?“ wagte Villy zu fragen; aber den Mut, ihn anzublicken, hatte sie nicht.

„Ja, was meinen Sie: Ja —“

Villy Behrens hatte sogar den Mut, ihre Frage noch deutlicher zu stellen: „Ich meine, werden Sie dem Rat-schlag Doktor Carstens folgen?“

„Zum Lieben gehören zwei“, entgegnete Jsenbeil und wandte sich wieder seiner Begleiterin zu. Er fand, daß auch ihr Profil ebenmäßig schön sei.

Villy Behrens vermochte auf das Argument, daß zum Lieben zwei gehören, nichts zu entgegnen und schweig-

te. So sehr war sie mit ihren Gedanken beschäftigt, daß sie

förmlich zusammenzuckte, als die Uhr des nächsten Kirch-turms einmal schlug.

Jsenbeil sah erschrocken auf die Uhr: „Es ist halb sechs. Der Weg zum Justizpalast zieht sich noch eine Weile hin. Wenn wir uns nicht beeilen, treffen wir Seiden nicht mehr im Büro.“

„Gehen wir rascher. Ich halte Schritt mit Ihnen“, erwiderte Villy. Und sie beschleunigte ihr Tempo so, daß ihre Wangen rot wurden und ihr Atem rascher ging.

Jsenbeil hielt einen Zigaretten an: „Sie strengen sich sonst zu sehr an, arme, kleine Freundin“, sagte er warm und hob sie in das Auto.

Sie lag einen Augenblick lang in seinen Armen, und er roch den süßen Duft des Parfüms, das sie anscheinend bevorzugte, aus nächster Nähe. Stierig sog er den Duft ein. Als das Auto sich in Bewegung setzte, warf sie sich ermüdet und erlöst in den Rücksitz. Er sah sie besorgt an.

„Sie denken, daß wir Männer rücksichtslos sind?“ fragte er.

Ihre Augen strahlten in gefährlicher Bläue: „Nein, rücksichtslos sind Sie bestimmt nicht. Sie sind der anständigste Mann, den ich kenne.“

Jsenbeil wurde rot wie ein Primaner. „Soll ich Ihnen antworten, daß Sie die netteste Frau sind, die ich kenne?“ versuchte er zu scherzen.

„Oh, ich verlange keine Komplimente.“

„Wenn es aber kein Kompliment ist, sondern ehrliche Ueberzeugung?“ fragte er hartnäckig.

Daß während dieser Unterhaltung das Auto durch den menschenleeren, von Halbdämmerung erfüllten Hofgarten fuhr, war eine gütige Laune des Zufalls. Monate später wagte Jsenbeil zu behaupten, es sei auch Zufall gewesen, daß er bei jeder Autofahrt durch den Hofgarten Villy Behrens gefühlt habe; ihre Lippen hätten sich nur zufällig gefunden, als das Auto bei einem plötzlichen Ruck die beiden Insassen gegeneinander schleuderte. Tatsache allerdings war, daß Jsenbeil und Villy Behrens jenem Zufall, der sich ihnen damals bot, reichlich zu Hilfe gekommen zu sein schienen.

Als nämlich Jsenbeil Villy in seine Arme schloß, warf sie einen erschrockenen Blick auf den Chauffeur, der zum Glück von seinem Auto völlig in Anspruch genommen war. Und bei dieser Gelegenheit sah sie, daß der Zigarettenmeter 1.10 zeigte. Als sie dann einen Augenblick später — wie sie meinte — die Augen wieder öffnete, sah von Jsenbeil frei machte und ihre zerzausten Haare zurückstieß, entdeckte sie zu ihrem eigenen, nicht geringem Erstaunen, daß der Zigarettenmeter auf 1.80 gesprungen war. Ein zahlenmäßiger Beweis für die Richtigkeit der Einsteinschen Relativitätstheorie.

Als Jsenbeil sie freigab, suchte er seine Verlegenheit hinter Humor zu verbergen.

„Ein schöner Rechtsanwalt bin ich“, knurrte er. „Im Interesse meiner Mandantin fahre ich zum Staatsanwalt, und unterwegs gehe ich auf Eroberungen aus.“

Und Villy Behrens bewies sofort, daß sie zur Anwältsgattin das Zeug hatte. Sie verteidigte ihn gegen die Selbstanklage. Oder wenigstens, sie versuchte es: „Aber das schadet doch Viola nicht und geht sie doch auch nichts an, wenn Sie — wenn wir — wenn —“

Sie fand offenbar nicht die rechten Worte; aber Jsenbeil verstand sie dennoch.

Als das Auto hielt, verabschiedeten sie sich bestürzt voneinander. Sie befanden sich in der Verlegenheit Liebster, die sich noch nicht zu duzen wagen und auch nicht mehr Sie sagen wollten, und darum vergaßen sie, miteinander zu verabreden, wann sie sich wieder treffen wollten. Eine Unterlassungssünde, deren Tragweite sich noch auswirken sollte.

Raum war Jsenbeil allein, war er wieder Jurist. Er stellte mit Befriedigung fest, daß die Uhr dreiviertel sechs Uhr anzeigte. Seiden mußte also noch in seinem Büro anzutreffen sein.

Der Offiziant meldete ihn. Seiden war sofort zu sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

statthalt. Dementsprechend erkannte die Strafkammer auf Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils und auf Freisprechung des Angeklagten. Hiergegen richtet sich die von der örtlichen Staatsanwaltschaft beim Reichsgericht eingelegte Revision mit dem Erfolg, daß das freisprechende Strafkammerurteil aufgehoben und die Sache zu anderweitiger Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde.

Es sei, so hieß es in der Begründung des 2. Strafsenats, einmal verfehlt, daß das Landgericht bei Beurteilung der Sommerprossen als Krankheit ausschließlich von der rein medizinischen Lehrmeinung ohne Berücksichtigung der allgemeinen Auffassung im Sprachgebrauch und beim großen Publikum ausgegangen sei. Weiterhin sei aber auch der Begriff „Heilmittel“ insofern verkannt, als die Vorinstanz glaube, zur Erfüllung dieses Begriffes genüge schon die rein äußerliche, die Sommerprossen durch Bleichen der Haut zum Verschwinden bringende Wirkung der fraglichen Creme. Das Präparat würde sich nach etwa wie ein Haarfarbmittel lediglich als kosmetisches Mittel darstellen.

Und der geneigte Leser schüttelt den Kopf und fragt sich ernsthaft, ob es für deutsche Gerichte nicht wichtigere Dinge zu verhandeln gibt?

Blinde, die in Amt und Würde sind.

Sie sind nützliche Mitglieder der Gesellschaft.

Man zählt in Deutschland gegenwärtig 37 000 Blinde, von denen die meisten nicht erwerbsfähig sind. Rund 15 Prozent sind beschäftigt als Industriearbeiter in Metallfabriken, in der Tabak-, Schokoladen- oder Papierwarenbranche. Weitere 4 Prozent finden ihren Unterhalt als Bürstenmacher und Klavierstimmer oder als Maschinenschreiber. 10 Prozent werden dann noch von den Blindenanstalten beschäftigt. Was energischer Wille vermag, zeigen uns folgende Zahlen. Wie haben in Deutschland nicht weniger als 50 blinde Reichs- anwälte in Berlin. Im Bezirk Berlin-Mitte waltet ein Amtsgerichtsrat seines Amtes, in Frankfurt a. M. je ein blinder Amts- und Landrichter, in Dresden und Hamburg je ein Amtsgerichtsrat, im sächsischen Justizministerium ein Landgerichtsrat, in der Handelskammer Chemnitz und im Verband rheinischer Industrieller je ein blinder Syndikus, in der Privat- und Commerzbank ein blinder Justizrat. Es gibt auch blinde Hochschulpromotoren: einen Professor der Theologie in Berlin, einen Philosophie-Professor und Soziologen in Dresden, einen Nationalökonom in Dresden. 14 blinde Pfarrer predigen in Deutschland und zwar drei in Bayern, zwei in Hessen, zwei in Württemberg, je einer in Baden, Ostpreußen, Waldeck, Königsberg, Bremen Hannover und Bad Oeynhausen. Auch der Direktor des Theologischen Seminars in Landau zählt zu den Blinden. Im Reichsarbeitsministerium und im badischen Innenministerium ist je ein blinder Regierungsrat beschäftigt, außerdem ein solcher in Hamburg, Hannover und Leipzig. Ein blinder Obermagistratsrat wirkt in Charlottenburg, ein blinder Schulrat in Berlin.

Außerdem gibt es elf blinde Studienräte, fünf Studienassessoren, einen Handelslehrer, elf Volksschullehrer, vierzehn Lehrer an Blindenanstalten, einen Schulumfischer. Bemerkenswert sind noch zwei blinde Lotterie-Einnahmer in Berlin, ein blinder Generalversicherungsmann in Düsseldorf, drei Massage-ärzte in Bochum, Steele und Lübeck, ein Nervenarzt in Erfurt, ein Tierarzt in Dresden, ein Diplomingenieur in Hannover an der Technischen Hochschule, ein Obergeringenieur in Berlin-Siemensstadt, ein blinder Angestellter des Reichsamtes Königsberg und ein solcher der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin.

Aus aller Welt.

□ Die Vereinfachung der Fingerabdruckzentralen. Durch Beschluß aller deutschen Länder ist die von der deutschen kriminalpolizeilichen Kommission zur schnelleren und sicheren Feststellung der Persönlichkeit vorgeschlagene gemeinsame Fingerabdruckländerzentrale beim Polizeipräsidentium-Landeskriminalpolizeiamt Berlin in erlicht worden. Als Landeszentralen im Sinne der von der deutschen kriminalpolizeilichen Kommission ausgearbeiteten Geschäftsordnung gelten nur die Fingerabdruckzentralen beim Landeskriminalpolizeiamt in Berlin, bei der Polizeidirektion München, beim Landeskriminalamt in Dresden, beim Landespolizeiamt in Karlsruhe, bei der Polizeibehörde in Hamburg und beim Landeskriminalpolizeiamt in Stuttgart.

□ Musikalische Herrenhosen, die neueste Erfindung. Man glaubt nicht, was nicht alles erfunden wird. Die Genies kommen auf die tollsten Einfälle, wenn nur irgendwie eine geringe Aussicht besteht, daß diese Einfälle so oder so sich in klingender Anerkennung auswerten lassen. Jetzt hat sich so ein „Gefühl“ der Gesellschaften und Unterhaltungsabende erbarmt, die das Gespense der Langeweile fürchten müssen. Er hat die „musikalische Hose“ erfunden! Unter der Nummer DMM 1 131 381 ist sie als „Hose mit Musik“ eingetragen, und der Katalog bezeichnet sie als eine Hose, die durch ein eingebautes Instrument bestimmte Töne oder gleich ganze Melodien von sich gibt. Das Hausgrammophon wird erlebte sein. Wer zu Hause tanzen will, zieht künftig einfach die Musikhose an, drückt auf den entsprechenden Knopf und der Tanz kann beginnen. — Es werden doch komische Dinge erfunden!

□ Mordanschlag auf einen Grubendirektor. Auf den Direktor Scharte von der Grubendirektion in Kleinrosseln wurde ein Mordanschlag verübt. Der 56jährige Kommunist Jacques Bouffe, gebürtig zu Homberg v. d. H., lauerte dem Direktor auf der Straße auf und gab als dieser im Begriff war, sein Haus zu betreten, auf ihn zwei Schüsse ab, die jedoch fehlgingen. Geistesgegenwärtig stürzte sich der Angegriffene auf den Mordtäter, warf ihn zu Boden und überwältigte ihn. Er wurde festgenommen. Bouffe ist bereits mehrfach vorbestraft. U. a. hat er bereits eine 10jährige Gefängnisstrafe wegen Mordversuchs abgeleistet.

□ Überfall auf eine Bank bei Köln. In die Spar- und Darlehenskasse im Vorort Dünnwald drangen zwei maskierte Räuber ein, hielten alle allein im Geschäftszimmer anwesende Angestellte mit Revolvern in Schach und raubten 600 Reichsmark, worauf sie schnellstmöglich verschwanden. In der Dunkelheit konnten die Täter unerkannt entkommen. Kurz vor dem Überfall war eine größere Geldsumme aus der Bank fortgeschafft worden.

□ Totschlag an der Schwester. Der in Würzburg (bei München) wohnende 21jährige Vergemann Lynen hat seine 15½ Jahre alte Schwester auf einer Wiese erschossen. Er gab zu, die Tat ausgeführt zu haben, weil er den lieblichen Lebenswandel seiner Schwester nicht mehr habe ansehen können. Der Mörder stellte sich selbst der Polizei.

□ Schwere Verabreichung eines Autos. Unbekannte Täter entführten aus der Schubertstraße in Frankfurt a. M. das Lieferauto einer Konfektionsfirma und verbrachten es nach der Schloßstraße. Hier wurde der Wagen ausgeplündert. Gestohlen wurden ein Damenpelz und sechs Damenkleider im Gesamtwert von 15 000 Mark. Als Täter kommen wahrscheinlich ein Mann und eine Frau in Frage, die beobachtet wurden, als sie die Sachen aus dem Auto fortzuschaffen.

□ Vier Personen verunglückt. Ein schwerer Unglück ereignete sich auf der Straße von Hammelburg nach Unterertal. Der junge Bauer John Wirth von Frankenbrunn holte seine Schwester und noch zwei junge Mädchen mit einem Reisewägen vom Bahnhof in Hammelburg ab. An einer abseitigen Stelle der Straße beim Seeberg löste sich das Vorderteil mit den Rädern vom Wagen. Dadurch schlug der Wagenlasten hart auf den Boden auf und Wirth und seine Schwester stürzten kopfüber auf die Straße. Wirth erlitt einen schweren Schädelbruch, seine Schwester einen Oberarmbruch. Die zwei anderen Mädchen kamen mit leichten Verletzungen davon.

□ Schweres Kraftwagenunglück. Auf der Straße Passau-Hauzenberg ereignete sich ein folgenschweres Unglück. Bei einem von Hauzenberg nach Passau fahrenden Lastkraftwagen der Post, besetzt mit zwölf Mann vom Telegraphenbauamt, versagte auf der kurvenreichen Straße die Steuerung, wodurch der Wagen an die Böschung geriet und abstürzte. Die auf dem Wagen befindlichen Arbeiter wurden heruntergeschleudert und der 18jährige Telegraphenmechaniker Kufner von Deggendorf war sofort tot. Zwei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. Wäre der abstürzende Wagen auf der 10 Meter hohen Böschung nicht von einem starken Baum aufgehalten worden, hätte das Unglück noch schlimmere Folgen gehabt. Es gelang erst nach angestrengten Bemühungen, den Getöteten aus seiner Lage zu befreien.

□ Die Brandstifter von Uehlingen verhaftet? In Uehlingen (Baden) wurde der Gutspächter Heiler und sein Sohn verhaftet unter dem Verdacht, die letzten Brände in Uehlingen gelegt zu haben. Das Anwesen des Gutspächters ist schon mehrmals abgebrannt. Ein Geständnis haben die beiden nicht abgelegt. Man hofft durch die Untersuchung bald nähere Aufschlüsse bringen zu können, ob die beiden wirklich die verheerenden Brände gelegt haben.

□ Nationalsozialisten verschaffen fünf Mandate. Die Mandatverteilung auf Grund der Wahlen hat in Uehlingen insofern eine kühne Wendung erfahren, als die Nationalsozialisten, die eine Kandidatenliste mit nur acht Namen eingereicht hatten, auf Grund der erzielten Stimmenzahl aber Anspruch auf 13 Bürgerausschüsse haben. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen fallen nun diese nicht verwerteten Stimmen den anderen Parteien zu. Es ergibt sich demnach das wohl einzig bestehende Kuriosum, daß die Nationalsozialisten unfreiwillig fünf Mitglieder anderer Parteien in dem Bürgerausschuß Sitz und Stimme verschafft haben. Es erhalten nunmehr: Zentrum 25 Sitze, S. P. D. 9, Einheitsliste 14 und Nationalsozialisten 8 Sitze.

□ Der Transoceanflieger Levine verhaftet. Der Transoceanflieger Charles Levine wurde von Wiener Kriminalbeamten auf dem Semmering verhaftet. Die Verhaftung ist auf Gerüchten des Wiener Sicherheitsbüros auf dem Semmering erfolgt, weil er im Verdacht steht, in der letzten Zeit mit einem blühigen Graveur wegen Anfertigung von Stangen für französische Münzen in Unterhandlungen getreten zu sein. Da sich dieser Verdacht durch die Erhebungen der Polizei und durch die Vernehmung Levines bestätigte, wurde dieser in Haft gehalten.

□ Folgeschweres Versehen eines Arztes in Kolumbien. Afficiatede Presh meldet aus Bogota (Kolumbien): In Medellin impfte ein Arzt eines Privathospitals 49 kleinen Kindern verheerend Typhuskeime anstatt Antitoxin ein. 16 Kinder sind bereits gestorben, die übrigen schweben in Lebensgefahr. Die Polizei bewacht das Hospital, da die Eltern drohen in das Hospital einzudringen.

Handelsteil.

Frankfurter Börsenbericht.

Frankfurt a. M., 18. Nov.

Tendenz: schwächer. Auch die heutige Börse brachte wieder überwiegend schwächere Kurse, nach dem schon an der gestrigen Abendbörse weitere Entlastungsversuche vorgenommen worden waren. Die schwache gestrige New Yorker Börse trug zur weiteren Verschlechterung der Situation bei. Da auch keine Anregungen vorlagen, die der Börse eine Stütze hätten bieten können, schritt auch die Auktion wieder zu. Abgaben, so daß gegenüber der gestrigen Abendbörse weitere Kursrückgänge zu verzeichnen waren. Die Umsätze hielten sich in den engsten Grenzen. Bestimmend wirkten ferner die letzten ungünstigen Berichte vom Arbeitsmarkt und von schwierigen Tarifverhandlungen in der Industrie. Von Ansehens neigten Neubefehl wieder zur Schwäche. Von fremden Werten gaben Anleiher nach ihrer gestrigen Steigerung wieder leicht nach. Nach den ersten Kursen hielt das Angebot an, doch waren die Verluste nur geringer Natur. Später machte sich als Folge des günstigen Reichsbankausweises eine gewisse Beruhigung bemerkbar, und die Abwärtsbewegung der Kurse kam zum Stillstand. Eine Belebung des Geschäftes trat jedoch nicht ein. Selbst auf dem ermäßigten Niveau zeigte die Spekulation keine Deckungsneigung. Weiter schwach lagen Charakteristiken, die gegen den gestrigen Abendbörsestand etwa 8 Mark verloren. Am Geldmarkt machte sich eine kleine Erleichterung bemerkbar. Tagesgeld 5 pCt.

Frankfurter Devisen.

Amliche Frankfurter Notierungen vom 18. Nov. 1930.

London	20.363	Paris	16.455
Amsterdam	168.630	Schweden	81.280
Stockholm	112.490	Spanien	45.750
New York	4.1922	Prag	12.430
Buenos Aires	58.440	Wien	59.020
Italien	21.950	Budapest	73.310

Die Notierungen verstehen sich in Goldmark für eine Einheit.

Tendenz: ruhiger.

— Berliner Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Kg. in Reichsmark: Weizen, märk. 25.00—25.10, Roggen, märk. 15.30 bis 15.50, Frau-Gerste, märk. 18.60—21.20, Futtergerste 17.00—18.00, Hafer, märk. 14.10—15.10, Weizenmehl 29.00—37.50, Roggenmehl 22.00—27.00, Weizenkleie 8.25—8.75, Roggenkleie 8.00—8.50, Weizenabfälle 25.00—31.00, kleine Erbsen 24.00—26.00, Futtererbsen 19.00—21.00, Bohnen 19.00—20.00, Ackerbohnen 17.00—18.00, Weizen 17.00—20.00, Weizenkleie 8.50—9.25, Leinöl 14.70 bis 15.00, Trockenschrot 5.50—6.00, Sonachrot 12.40—13.00, Raub-

früher: drahtgepr. Roggenstroh 0.70—0.80, do. Weizenstroh 0.60 bis 0.70, do. Haferstroh 0.65—0.75, do. Gerstenstroh 0.65—0.75, do. Roggenlangstroh 0.80—1.00, bündelgepr. Roggenstroh 0.75—0.80, do. Weizenstroh 0.65—0.75, Häcksel 1.50—1.65, handelsüblich, getrocknet 1.40—1.75, gutes Heu (1. Schnitt) 1.85—2.35, Luzerne 2.90—3.30, Tschmote, lose 2.80—3.20, Kleeheu, 2. Schnitt 2.70 bis 3.00, Mischheu, lose (Wartbe) 1.65—1.85, do. (Havel) 1.50 bis 1.50, drahtgepr. Heu in Pfg. über Rott 40. Mfg. Tendenz: schwach.

Ueberreichung des Rheinland-Albums an den Reichspräsidenten.

Berlin, 18. Nov. Reichspräsident von Hindenburg empfing den Vorsitzenden des Deutschen Luftfahrtverbandes Staatsminister a. D. Dominicus und nahm aus dessen Händen das Album entgegen, das die Größe der deutschen Städte an der bestellten Rheinland aus Anlaß des vom Deutschen Luftfahrtverband veranstalteten Rheinlandbefreiungsfluges enthält. Der Herr Reichspräsident bat Herrn Dominicus, den Veranstalter und Förderer dieses Fluges seinen Dank für die dem deutschen Rheinland erwiesene Anteilnahme zu übermitteln und brachte bei dieser Gelegenheit sein persönliches lebhaftes Interesse an den deutschen Flugport zum Ausdruck.

Der Deutsche Beamtenbund gegen den Beschluß der Reichsratsausschüsse.

Berlin, 19. Nov. Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat zu dem Beschluß der Reichsratsausschüsse die Gehaltserhöhung bereits am 1. Februar 1931 eintreten zu lassen, Stellung genommen. Dem Reichsrat wurde folgende einstimmig gefaßter Beschluß unverzüglich weitergeleitet:

Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist erfreut, daß er durch den Beschluß der Reichsratsausschüsse, wonach die Gehaltserhöhung für den 1. April nächsten Jahres geplant ist, die Gehaltserhöhung bereits am 1. Februar eintreten lassen. Die Beamenschaft hat Verständnis für sachlich begründete Notwendigkeiten bewiesen, sie lehnt jedoch entschieden ab, ein Objekt eines politischen Geschäftes gemacht zu werden. Die Bundesleitung erwartet von der Reichsratsausschüsse, daß sie dem Beschluß seiner Ausschüsse nicht zustimmt.

Ergebnislose Tarifverhandlungen im Bankgewerbe?

Berlin, 19. Nov. Im Gebäude der Industrie- und Handelskammer fanden heute vormittag Tarifverhandlungen zwischen dem Reichsverband des Deutschen Bankgewerbes und den beiden großen Angestelltenorganisationen, dem Deutschen Bankbeamtenverband und dem Allgemeinen Verband der Bankangestellten statt. Wie hierzu von Seiten der Angestelltenorganisationen mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen um die Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages gescheitert, da die Angestellten einen sehr weitgehenden Gehaltsabbau forderten und zwar zunächst einen allgemeinen Gehaltsabbau um 11 Prozent, dann noch Kürzung der Tarifstaffel und andere finanzielle Verschlechterungen sowie Wegfall der Bankfeiertage.

Strafanzeige gegen einen Thüringer Untersuchungsrichter.

Berlin, 19. Nov. Gegen den mit der Untersuchung in dem Dienstverfahren gegen die Landespolizeibeamten in Thüringen beauftragten Landgerichtsrat Dr. Weber-Weimar ist Strafanzeige wegen Amtsmißbrauchs, Anstiftung zum Amtsmißbrauch und Anstiftung zum Hausfriedensbruch in Ausübung des Amtes erstattet worden. Die Anzeige geht aus von dem Reichsbannergeschäftsführer Dr. Diegel und dem Parteiführer Dr. Jobst in Weimar, bei denen im Zusammenhang mit dem Dienstverfahren Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen vorgenommen wurden.

Das Urteil im Betrugsprozeß gegen Heinrich u. Gen.

Berlin, 19. Nov. Im Betrugsprozeß gegen Heinrich u. Gen., die durch ihre Stoffgeschäfte mehrere Textilfirmen in Hunderttausende von Mark schädigten, fällt das Schöffengericht Berlin-Schöneberg das Urteil. Wegen gemeinschaftlichen fortgesetzten Betruges wurde der Angeklagte Heinrich zwei Jahren und zwei Monaten Gefängnis, der Angeklagte Arbeiter zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Von den wegen Hehlerei Angeklagten wurden Rosenthal und Leubuscher zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und David zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

„A 38“ vom Europarundflug nach Dessau zurückgeführt.

Dessau, 19. Nov. Das Junkers-Großflugzeug „A 38“ von Köln kommend, Dienstag 13.42 Uhr in Dessau glatt gelandet. Das Flugzeug hat insgesamt 9000 Kilometer zurückgelegt. Der Erbauer des Flugzeuges, Prof. Dr. Junkers, begrüßte die Flugzeugführer Zimmermann-Dessau und Braun Berlin aus herzlichste. Die anhaltische Regierung und die Stadt Dessau entboten durch ihre Vertreter herzlichste Wünsche.

Schwerer Grubenbrand in Schlefien.

Ratibitz, 19. Nov. Auf der Saturn-Grube bei Sosnowitz entstand gestern nachmittag eine Kohlengasexplosion, die einen Brand verursachte, der sich schnell über drei Felder verbreitete und die gesamte Belegschaft fast gefährdete. Dieser gelang es bis auf zwei Mann, sich rechtzeitig zu retten. Acht Grubenleute wurden aufgefunden, um das Feuer zu bekämpfen. Die selbständige Arbeit gelang es, den Brandherd einzudämmen. Die zwei zurückgebliebenen Bergleute konnten nur noch mit Leichen geborgen werden. Außerdem verbrannten noch zwei Pferde.

Zwangschiebsverfahren.

Bielefeld, 19. Nov. Die Schlichtungsverhandlungen in der Bielefelder Metallindustrie, die in Dortmund unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters Klostermann stattfanden, sind wieder ergebnislos geblieben. Der Schlichter wird in Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsjustizministerium in der nächsten Zeit in Bielefeld weisenden ersten Schlichter, Professor Bruhn, eine Entscheidung darüber treffen, ob eine Beilegung des Konfliktes durch Zwangschiebsverfahren herbeigeführt werden soll.

Die Einsturzkatastrophen in Lyon.

Lyon, 19. Nov. Die Bilanz der lyoner Einsturzkatastrophen stellt sich nunmehr, wie folgt: Geborgen sind die Leichen von sieben Feuerwehrleuten, einer Zivilperson, sieben Frauen und einem Kind. Unter den Trümmern liegen noch ein Feuerwehrhelfer, ein Feuerwehrmann, ein Polizeioffizier, drei Beamte und mehrere Einwohner der eingestürzten Gebäude. Die Zahl man auf zehn schätzt.